

BULGARIEN

Gewerkschaftsmonitor

März 2021

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Bulgarien leidet nach wie vor unter anhaltender Korruption und Armut. Das Jahr 2020 stand des Weiteren im Zeichen massiver öffentlicher Proteste, die sich gegen die Regierung unter Führung der konservativen GERB-Partei, gegen die Person des Oberstaatsanwalts aber auch generell gegen das in Bulgarien vorherrschende Geflecht aus Politik, Wirtschaft und Justiz richteten, welches in Bulgarien als »die Mafia« bezeichnet wird. In diesem System schützen und bereichern die handelnden Akteure sich gegenseitig, während der Großteil der Bevölkerung außen vor bleibt. Die scharfe Kritik der Protestierenden richtete sich auch gegen die EU, Deutschland und die konservative Parteienfamilie. Diesen warfen die Protestierenden vor, nicht nur die Augen vor den Missständen in Bulgarien zu verschließen, sondern das vorherrschende System mit finanzieller und politischer Unterstützung noch zu festigen.

Obgleich über Monate hinweg zehntausende Bulgar_innen für den Rücktritt der Regierung demonstrierten, blieb diese im Amt. Obgleich der hohen Mobilisierung lag eine Schwäche der Proteste darin, dass es keine gemeinsame politische Agenda außer »Rücktritt« gab. Auch hatte der Protest keinen politischen Arm oder eine institutionelle Verankerung. Die sozialistische Opposition (BSP) erklärte sich zwar solidarisch mit den Protestierenden, wird aber nicht als politische Alternative wahrgenommen; zu lange hat die BSP das Land mit ähnlichen Mitteln regiert. In einer repräsentativen Erhebung gefragt, welche der etablierten Parteien mit der »Mafia« verbunden sei, antworteten über 50 Prozent der Bulgar_innen: Alle. Einige nicht parlamentarisch vertretene Parteien engagierten sich darüber hinaus in den Protesten, konnten die Bewegung aber nicht hinter sich vereinen.

Zuletzt sind die Belange der Demonstrierenden offenbar nicht wahlentscheidend für einen Großteil der Bevölkerung, denn trotz gesunkener Umfragewerte blieb die GERB-Partei

in den Wahlumfragen immer stärkste Kraft. Die Gewerkschaften hielten sich sichtlich zurück und die Dachverbände sprachen sich gegen den Rücktritt der Regierung aus. Damit haben sie im Reform-Lager ihr Image als Akteure des Systems bestätigt.

Auch die Corona-Krise wirkte im Kontext der Proteste eher stabilisierend auf die Regierung. Mit Narrativen von »nationaler Einheit in der Krise« und »die Lage ist zu ernst für politische Manöver« konnte sie die Proteste aussitzen.

Bulgarien ist von der Corona-Pandemie weniger stark getroffen worden als viele andere Länder in Europa. Zwar ist die Testquote die niedrigste in der EU, sodass mit einer hohen Dunkelziffer an Infektionen gerechnet werden kann, aber eine massive Überforderung des Gesundheitssystems oder gar Triage-Nachrichten blieben aus. Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass viele Bulgar_innen Krankenhäuser erst im absoluten Notfall aufsuchen – auch aufgrund der drohenden Kosten. Darüber hinaus sind aber auch Altenheime, in denen sich das Coronavirus in anderen Ländern extrem schnell ausgebreitet hat, in Bulgarien eher die Ausnahme, da ältere Familienmitglieder meist durch Angehörige gepflegt werden. Ende 2020 ist die Übersterblichkeit dennoch sprunghaft angestiegen. Der gesellschaftliche Rückhalt für einen vollständigen Lockdown ist jedoch gering: Im Herbst 2020 waren 69 Prozent der Bevölkerung der Ansicht, die Beschränkungen richteten mehr Schaden an als dass die nutzen. Angesichts der völlig unterfinanzierten Sozialsysteme sind viele Existenzen bedroht. Die 60-40 Regel (ähnlich dem Kurzarbeitergeld), die die bulgarische Regierung aufgelegt hat, sichert zwar den Erhalt von Arbeitsplätzen, ist aber keine Hilfe für die vielen Klein- und Kleinunternehmen ohne Angestellte. Die Kredit- und Soforthilfeprogramme der Regierung kranken an schlechter Administration, hohen Verwaltungshürden und oft verspäteter Auszahlung. Die europäische Kommission sagte einen Wachstumseinbruch von sieben Prozent voraus.

Neben der politischen und der Gesundheitskrise muss Bulgarien mittelfristig zwei weitere große Herausforderungen be-

wältigen, den Bevölkerungsrückgang und die sozial-ökologische Transformation. Schon lange ist Bulgarien in einer demografischen Krise und hat derzeit die am schnellsten schrumpfende Bevölkerung der Welt. Von 9 Millionen zu Beginn der 90er Jahre ist die Einwohnerzahl inzwischen auf unter 7 Millionen gefallen – insbesondere aufgrund der massenhaften Abwanderung junger Leute. Prognosen gehen von einem Bevölkerungsrückgang auf 6 Millionen bis 2030 und 5 Millionen bis 2050 aus. Die Folge sind Fachkräftemangel, Überlastung der Sozialsysteme, Verstädterung und Verödung der ländlichen Gebiete sowie eine »Demografische Angst«, die mit Fremdenfeindlichkeit und Konservatismus einhergeht.

Darüber hinaus stellt der European Green Deal Bulgarien vor eine enorme Herausforderung. Das Land deckt 45 Prozent seines Strombedarfs aus Kohle und die Kohlekraftwerke Bulgariens gehören zu den größten Einzelemittenten Europas. Neben den ca. 100.000 durch einen potentiellen Kohleausstieg gefährdeten Arbeitsplätzen ist auch offen, wie Bulgarien seinen Energiebedarf in Zukunft decken und insbesondere seine Energiepreise konstant halten kann. Das Thema hat das Potential, soziale Unruhen zu entfesseln: Die Hälfte der Bulgar_innen kann im Winter aus finanziellen Gründen nicht angemessen heizen. Im Gegensatz hierzu ist das Mobilisierungspotential der Umwelt- und Klimabewegung eher gering.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bulgarien ist weiterhin das ärmste Land der Europäischen Union. Bis zum Beginn der Coronakrise lag das Wachstum zwar weitgehend stabil um die drei Prozent. Hinter den soliden Makrodaten verbergen sich jedoch enorme soziale Unwuchten: Neben den niedrigsten Löhnen der EU hat Bulgarien auch den höchsten Gini-Koeffizienten, mithin die größte und weiterhin wachsende Einkommensungleichheit. Der Mindestlohn liegt seit Januar 2021 bei 3,92 BGN (2 €) pro Stunde, bzw. 332 Euro monatlich (in Vollzeit).

Trotz mehrerer Erhöhungen in den letzten Jahren bleibt er der niedrigste Mindestlohn in der EU, sowohl nominell, als auch nach Kaufkraft. Ein »Living Wage« wird von den Gewerkschaften hingegen auf etwas über 1000 Euro beziffert. Der offizielle Durchschnittsbruttolohn betrug im letzten Quartal 2020 nur rund 703€ monatlich. Etwa ein Sechstel aller Beschäftigten beziehen Mindestlohn.

Bisher wird der Mindestlohn durch die Regierung festgesetzt. Obgleich es 2020 im tripartiten Dialog das gemeinsame Bekenntnis gab, einen transparenten Mechanismus zur Festsetzung des Mindestlohns zu entwickeln, wurde noch keine Einigung erzielt.

Laut EUROSTAT leben rund 22 Prozent der bulgarischen Bevölkerung unter Armutsrisiko (nach Sozialtransfers). Die Armut konzentriert sich hauptsächlich in zwei Gruppen; junge Menschen mit niedrigem Bildungsstand und unsicherer Beschäftigung (viele davon Roma) und Menschen über 65 Jahre. Aufgrund der niedrigen Löhne und der niedrigen Lohnersatzrate (die Rente beträgt nur 37 Prozent des Aktivlohns)

bedeutet der Renteneintritt für viele den Abstieg aus der Mittelklasse. Die Mindestrente stieg Anfang 2021 um 20 Prozent auf 300 BGN (153€) im Monat und liegt nach wie vor weit unter der Armutsgrenze. Von ihr lebt rd. die Hälfte der bulgarischen Rentner_innen. Selbst die staatliche Höchstrente von 1440 BGN (736€) sichert kaum ein Auskommen.

Die Altersarmut Bulgariens ist eine Belastung für viele Familien, wo erwerbstätige Eltern nicht nur für ihre Kinder, sondern auch für die Versorgung ihrer Eltern aufkommen müssen. Durch den großen Anteil des informellen Sektors an der bulgarischen Wirtschaft (sein Anteil am BIP wird auf 25 bis 30 Prozent geschätzt) setzt sich dieses Problem weiter fort.

Die Arbeitslosigkeit stieg im Coronajahr 2020 um 3,7 Prozent auf insgesamt 6,7 Prozent. Dem gegenüber steht eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit von etwa 14 Prozent. Zudem ist bekannt, dass viele Menschen sich nicht arbeitslos melden, da der Staat ohnehin kaum Arbeitslosenhilfen bereitstellt. Ein wachsendes Problem für den bulgarischen Arbeitsmarkt ist die Abwanderung vieler – insbesondere junger - Arbeitskräfte ins Ausland. Der Fachkräftemangel ist bereits jetzt in vielen Bereichen spürbar. Die EU-Kommission beklagt weiterhin die hohe Langzeitarbeitslosigkeit und Fehlqualifizierungen, die auf strukturelle Missstände im Arbeitsmarkt und in der Bildungspolitik hinweisen. Obgleich die niedrigen Lohnkosten Bulgarien zu einem attraktiven Industriestandort für internationale Unternehmen machen, sprechen Fachkräftemangel, Korruption und Bürokratie gegen Investitionen in Bulgarien. Die ohnehin niedrigen ausländischen Direktinvestitionen sind 2020 nochmal um etwa 60 Prozent gefallen.

Frauen sind am Arbeitsmarkt relativ gut integriert. Die im EU-Vergleich eher niedrige Gender-Pay-Gap wächst jedoch. Dies ist vor allem auf Lohnrückerei in weiblich dominierten Branchen wie der z.B. der Textilindustrie und der Gastronomie- und Tourismusbranche zurückzuführen. Für unterschiedliche Bezahlung am gleichen Arbeitsplatz gibt es keine Hinweise.

Im Allgemeinen bietet das bulgarische Arbeitsrecht noch aus der sozialistischen Vergangenheit einen guten Arbeitnehmer_innenschutz. Problematisch hingegen sind die tatsächliche Umsetzung und Kontrolle. Zudem wird der Anteil der Schattenwirtschaft – wo überhaupt kein Arbeitsrecht greift – an der Wirtschaft Bulgariens auf 20–30 Prozent geschätzt. Zwei Drittel der Befragten einer im Herbst 2018 durchgeführten repräsentativen Umfrage gaben an, dass neben dem Mindestlohn regelmäßig ein Restgehalt schwarz gezahlt wird. 50 Prozent sagten, dass Gehälter nicht vollständig bzw. regelmäßig ausgezahlt würden. Feldforschungen in der Textilbranche zeigen zahlreiche Arbeitsrechtverletzungen auf. Keiner erhält den gesetzlichen Mindestlohn in der regulären Arbeitszeit und die ArbeiterInnen werden zu Überstunden gezwungen, die das gesetzlich erlaubte Höchstmaß enorm übersteigen. Gewerkschaftsaktivitäten und die Versammlungsfreiheit werden von den Arbeitgebern untergraben. Es ist zu vermuten, dass die Arbeitsbedingungen in anderen, nicht gewerkschaftlich organisierten Niedriglohnssektoren, kaum besser sind.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Tarifverhandlungen sind in Bulgarien seit den 1990ern Bestandteil industrieller Beziehungen, deren Stellenwert sich aber in den letzten Jahren verschlechtert hat. Besonders bedeutend ist hierfür der kontinuierliche Dezentralisierungsprozess seit der Wende. Die Arbeitgeberverbände setzen sich intensiv gegen die Ausweitung von Tarifverträgen auf ganze Branchen ein. So bleibt die Mehrheit der Tarifverträge auf Unternehmensebene. 2020 waren insgesamt 1672 Tarifverträge beim Nationalen Institut für Versöhnung und Schlichtung (gegen 1741 im Vorjahr) registriert. Davon sind 1598 Verträge auf Unternehmensebene, 18 auf Branchen/Sektorebene und 56 auf Gemeindeebene.

Während die Tarifverhandlungen auf Branchen-/Sektorebene Anfang der 2000er Jahre auch die jährliche Aushandlung von Mindestsozialversicherungseinkommen (Freibeträge) umfassten, wurde diese Praxis in den letzten Jahren von den Arbeitgeberverbänden boykottiert.

Insgesamt ist in den letzten Jahren ein stetiger Trend vom bipartiten zum tripartiten Dialog erkennbar. Der tripartite Dialog war jedoch in den letzten Jahren wenig produktiv. Dies ist einerseits auf das sehr konfliktive Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zurückzuführen sowie auf die starke Zersplitterung der Arbeitgeberseite auf fünf unabhängige Verbände. Der Regierung kommt dies durchaus zugute – sie entscheidet bei Nichteinigung per Dekret. Die wichtigsten Themen, die im tripartiten Rat 2020 diskutiert wurden, waren Beschäftigungsmaßnahmen und Ausgleichsregelungen, Einkommensschutz und finanzielle Unterstützung für die Unternehmen in der Zeit der Krise. Nach fast einjährigen Verhandlungen wurde im Juni 2020 ein Nationales Dreiparteienabkommen unterzeichnet; es ist erst das vierte dieser Art in der 30-jährigen Übergangszeit. Es umfasst Maßnahmen in den Bereichen Energie, European Green Deal, Demografie, Bildung, Arbeitsmarkt und Arbeitsmigration und soziale Sicherungen. Ein zentraler Punkt des Abkommens ist, dass Mindestlöhne jenseits des allgemeinen Mindestlohns nach Wirtschaftszweigen und Qualifikationsgruppen ausgehandelt werden sollen.

GEWERKSCHAFTEN IN BULGARIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der größte und einflussreichste gewerkschaftliche Dachverband, die Konföderation unabhängiger Gewerkschaften in Bulgarien (KNSB), ist Nachfolger des Gemeinsamen Arbeitergewerkschaftsbundes (1945–1972) und der Bulgarischen Berufsgewerkschaften (1972–1990), also der Einheitsgewerkschaft vor der Wende 1989. KNSB wurde am 12.2.1990 gegründet. Unmittelbar nach der Wende 1989 galt der Verband aufgrund dieser Nachfolge eher als linksorientiert. Seit 1995 ist KNSB Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Nach 1997 hat sich die Führungsebene eher im gesellschaftlichen Zentrum positioniert, obwohl die Mitglieder größtenteils der sozialistischen Partei nahestehen und pro-russisch orientiert sind. KNSB bemüht sich generell um politische Neutralität; allerdings hat der Präsident von KNSB gegenwärtig bessere Beziehungen zum konservativen Ministerpräsidenten Boyko Borissov als zur Vorsitzenden der sozialistischen Partei Kornelia Ninova. Während der Anti-Regierungsproteste 2020 haben die Gewerkschaften Borissov auch explizit unterstützt.

In den letzten 25 Jahren war KNSB im öffentlichen und politischen Raum in Bulgarien sowie bei den europäischen und internationalen Gewerkschaften sichtbar vertreten, war Motor der Neuordnung der Arbeitsbeziehungen und der Sozialpartnerschaft in Bulgarien und hat wesentlich zur Europäisierung der Arbeits- und Sozialgesetzgebung in Bulgarien beigetragen.

KT Podkrepa (Konföderation der Arbeit »Unterstützung«), der zweite Dachverband, entstand kurz vor der Wende 1989 als dezidiert antikommunistische Gewerkschaft. Podkrepa führte in den krisenhaften 90er Jahren zwei nationale Streiks gegen die jeweiligen Regierungen, um die extreme Verarmung und wachsende Inflation im Land anzuprangern. Podkrepa ist der erste bulgarische Gewerkschaftsverband, der in den Internationalen Bund freier Gewerkschaften (heute IGB) aufgenommen wurde. 1994 erhielt Podkrepa den Beobachterstatus beim Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und ist seit Dezember 1995 als Vollmitglied aufgenommen.

KNSB und KT Podkrepa sind von der Regierung als nationale repräsentative Gewerkschaften anerkannt und nehmen als solche am Nationalen Rat für dreiseitigen Zusammenarbeit (Regierung, Gewerkschaften, Arbeitgeber) teil. Daneben gibt es einige kleinere Gewerkschaften, die praktisch keine Rolle spielen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In den staatlichen und privatisierten Unternehmen Bulgariens sind Gewerkschaften weitgehend vertreten, in den nach der Wende gegründeten Unternehmen hingegen kaum. Jedoch existiert gewerkschaftliche Organisation in fast allen Branchen. KNSB hat 37 Branchenorganisationen und KT Podkrepa 25.

Besonders stark sind die Gewerkschaften im Bildungswesen, im Energiesektor und im Bergbau. Dagegen sind die Gewerkschaften im u. a. im Tourismus, im Kultur- und wissenschaftlichen Bereich und in der Textilbranche schwach.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Laut Verfassung haben die Arbeitnehmer_innen das Recht auf Vereinigung. In fast allen staatlichen und privaten Unternehmen gibt es gewerkschaftliche Organisationen. In den neu gegründeten Unternehmen gibt es zahlreiche Versuche

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Bulgarien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Конфедерация на независимите синдикати в България, КНСБ (Konföderation der Unabhängigen Gewerkschaften in Bulgarien, KNSB)	Plamen Dimitrov	262 400 (2020)	EGB, IGB
Конфедерация на труда »Подкрепа«, КТ Подкрепа (Konföderation der Arbeit »Unterstützung« КТ Podkrepa)	Dimitar Manolov	73 500 (2020)	EGB, IGB

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Bulgarien

Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Синдикатът на българските учители, СБУ (Bulgarische Lehrgewerkschaft – SBU)	KNSB	Yanka Takeva	84.100	ETUCE, EI
Синдикална иньорска федерация, СМФ (Bergarbeitergewerkschaft, SMF)	КТ Podkrepa	Vladimir Topalov	7.000	IndustriALL

vonseiten der Arbeitgeber, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern. Obwohl auf Druck der Gewerkschaften hin die Verhinderung der Gründung von Arbeitnehmerorganisationen strafbar geworden ist, dauern die Probleme weiter an. Gemäß dem Arbeitsgesetzbuch haben die Gewerkschaften ein Mitspracherecht, bei der Erstellung und Änderungen der unternehmensinternen Regelungen zu Arbeitsbedingungen und Entlohnung. Dies wird jedoch zum Teil unterlaufen.

Bulgarien ist Mitglied der ILO seit 1920 und hat einen großen Anteil von ILO-Konventionen (101 von 189) ratifiziert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die kollektiven Arbeitsverträge (KAV) wurden in Bulgarien mit der Wende 1990 eingeführt. Im Arbeitsgesetzbuch sind die KAV als Recht der Gewerkschaften und Pflicht für die Arbeitgeberseite bezeichnet. Es ist festgelegt, dass jeweils nur eine Gewerkschaft den KAV unterzeichnen darf. KAV können auf der Ebene des Unternehmens, der Branche und der Gemeinde unterzeichnet werden. Seit 2003 sollen die KAV auf Branchenebene minimale Versicherungseinkommen enthalten. Wenn es zu keiner Einigung kommt, können die minimalen Versicherungseinkommen durch den Minister für Arbeit und Sozialpolitik festgelegt werden. Die KAV gelten für die Mitglieder der unterzeichnenden Gewerkschaft; aber auch Arbeitnehmer_innen, die einer anderen oder keiner Gewerkschaft angehören, können sich durch eine

schriftliche Erklärung dem KAV anschließen. 2016–2018 forderten die Arbeitgeberorganisationen die Abschaffung des Mindestbeitrags der Arbeitgeber zu den Sozialversicherungen zugunsten eines prozentualen Systems auch bei sehr niedrigen Löhnen – dies konnte bisher abgewendet werden. Im Allgemeinen werden Verpflichtungen aus den KAV eingehalten; allerdings hat sich die Anzahl der Branchen-KAV seit 2016 von 22 auf 18 reduziert. Zurückgegangen ist auch die Anzahl der KAV auf Unternehmensebene – 1.598 gegenüber 1.878 in 2016. Der Anteil der Arbeitnehmer, die durch KAV abgedeckt sind, liegt bei 29 Prozent.

Der Sozialdialog in Bulgarien ist institutionell auf folgenden Ebenen organisiert:

- Auf nationaler Ebene findet er im Rahmen des Nationalen Rates für dreiseitige Zusammenarbeit (NRDZ) statt. Daran nehmen die Regierung, die national anerkannten Gewerkschaftsdachverbände (derzeit 2) und Organisationen der Arbeitgeber (derzeit 5) teil. Der Rat gliedert sich in verschiedene Ausschüsse. Laut Gesetz sollen alle Gesetzesentwürfe und Anordnungen der Regierung, die die Sozialpolitik betreffen, vorher im Rat diskutiert werden.
- Auf Branchenebene existieren 51 Branchenräte, an denen sich Gewerkschaften und die Arbeitgeberorganisationen beteiligen. In Branchen des öffentlichen Dienstes nehmen Vertreter der Regierung als Arbeitgebervertreter teil.

- Auf Gebietsebene gibt es Räte für dreiseitige Zusammenarbeit.
- Auf Gemeinde-Ebene existieren 82 Räte für soziale Kooperation. Hier nehmen Vertreter_innen der Gemeinden an der Diskussion von Fragen der kommunalen Selbstverwaltung, Ausbildung, Gesundheitswesen, Kultur, sozialen Fürsorge teil.
- Auf Unternehmensebene beteiligen sich die Arbeitgeber und die Gewerkschaftsorganisationen am Dialog.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Beide Gewerkschaftsdachverbände verfügen über hohe Kompetenzen in sozial- und wirtschaftlichen Fragen. Sie sind international vernetzt und gut mit der europäischen Praxis der Führung von Tarifverhandlungen vertraut. Damit sind sie in der Lage, kompetent an der Arbeit des Nationalen Rates für dreiseitige Zusammenarbeit teilzunehmen.

Der politische Einfluss der Gewerkschaften ist relativ groß – auch im Verhältnis zu dem der Arbeitgeber. Grund ist unter anderem die Tatsache, dass die bulgarischen Arbeitgeber mit fünf Dachverbänden zersplitterter sind als die Gewerkschaften.

Durch die Durchführung von großen Streiks in der Vergangenheit konnten die Gewerkschaften viele ihrer Forderungen durchsetzen (Lehrer_innen, Eisenbahn, Polizei, Bergbau). Die Gewerkschaften sind unter den wenigen Organisationen, die in Bulgarien eine große Anzahl von Menschen zu Protesten mobilisieren können. Die bisherigen Regierungen versuchten daher im Allgemeinen Konflikte mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Der relativ hohe Anstieg des Mindestlohns in den vergangenen Jahren ist vor allem auf den anhaltenden politischen Druck der Gewerkschaften zurückzuführen. Gleiches gilt auch für die Beibehaltung des automatischen jährlichen Zuschlags auf das Grundgehalt. Beides wurde gegen massiven Widerstand durch die Arbeitgeber durchgesetzt.

Im Jahr 2020 hat KNCB drei Hauptherausforderungen für die bulgarische Wirtschaft und die Gewerkschaften benannt: die COVID-19-Pandemie, die ökologische Transformation und die Digitalisierung. Aus diesem Anlass unterzeichneten KNSB und drei Arbeitgeberorganisationen zweiseitige Memoranden zur Covid-19-Vorbeugung, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zur »Anpassung der Fähigkeiten der Arbeitskräfte an die digitalisierte Arbeitswelt«.

Im Verlauf der Coronakrise 2020 und 2021 stehen Fragen von Arbeitsplatzverlust und Ersatzleistungen oben auf der gewerkschaftlichen Agenda. Die Gewerkschaften haben das sogenannte 60–40-Schema (ähnlich dem Kurzarbeitergeld), das während der Krise Anwendung findet, maßgeblich gefördert. Wie auch bei den deutschen Gewerkschaften liegen die Prioritäten aktuell in der Sicherung von Arbeits-

plätzen und dem Erhalt erreichter Standards unter dem Druck der Krise.

Eine langfristige Herausforderung für die bulgarischen Gewerkschaften bleibt die sinkende Mitgliederzahl. Ein Grund ist das steigende Alter der Mitglieder – einerseits zurückzuführen auf die geringe Zahl der Neueintritte unter jungen Leuten, aber auch auf die generelle Überalterung der bulgarischen Gesellschaft und Abwanderung der Jungen. Ein weiterer Grund ist, dass in den neuen Unternehmen und Branchen (z. B. der wachsenden IT-Branche) kaum gewerkschaftliche Organisationen gegründet werden. Während die traditionellen Sektoren einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufweisen, ist es eine wichtige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften, auch in den jüngeren Branchen Fuß zu fassen.

Obgleich die beiden Gewerkschaftsdachverbände miteinander im Austausch stehen, gibt es doch deutliche institutionelle Abgrenzungstendenzen. Zu gemeinsamen Aktionen und Kampagnen kommt es daher so gut wie nicht. Auch eine strategische Partnerschaft mit einer bestimmten Partei existiert nicht. Einige kleinere linke NGOs (z. B. Solidarna Bulgaria) setzen sich ebenfalls für Arbeitnehmerinteressen ein, haben jedoch weit geringeren politischen und gesellschaftlichen Einfluss.

KNSB und KT Podkrepa sind Mitglieder sowohl von IGB als auch von EGB. Der Präsident von KNSB Plamen Dimitrov ist Mitglied der Führung der ILO und hat viele internationale Kontakte. KNSB pflegt enge Kontakte zum DGB. Ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen erfolgt regelmäßig, oft mit Unterstützung der FES. Zudem nehmen Vertreter_innen beider bulgarischen Gewerkschaften an internationalen Veranstaltungen in Deutschland und anderen Ländern teil.

Dr. Helene Kortländer, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bulgarien, Sofia

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.